

2. Wir sollten nicht mit jedem «Bobo» zum Arzt und in die Apotheke springen, sondern uns selber disziplinieren und vor allem die berühmten alten «Grossmutter-Rezepte» (mit Naturprodukten) wieder anwenden.

3. Die örtlichen Familien- und Krankenpflegevereine sollten aktiver werden. Auch hier läge ein bedeutender Kosteneffekt im positiven Sinn drin.

Sparen im Gesundheitswesen ist heute aktueller denn je. Ich erwarte vom Bundesrat gerne eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 22. Dezember 1986

Rapport écrit du Conseil fédéral du 22 décembre 1986

Die Nationale Sparkonferenz im Gesundheitswesen war beauftragt, Vorschläge und Anregungen auszuarbeiten mit dem generellen Ziel, mittelfristig eine Angleichung der Zuwachsraten der Krankenpflegekosten an jene der Löhne zu bewirken. Da Massnahmen im Hinblick auf diese Vorgabe sowohl im Bereich der Gesetzgebung (Bundesgesetze, kantonale Gesetze) als auch im Durchführungsbereich erforderlich sind, sind (angesichts der vielfältigen Zuständigkeiten im Gesundheitswesen) für die Planung und Realisierung von Sparmassnahmen die verschiedenen staatlichen Ebenen und privaten Institutionen, Organisationen und Verbände im Gesundheitswesen angesprochen.

Der Bundesrat hat dieser geteilten Trägerschaft Rechnung getragen. Seine Stellungnahme muss daher in diesem Zusammenhang gesehen werden.

A. Anlässlich der vom Vorsteher des Eidgenössischen Departementes des Innern auf den 8. November 1982 einberufenen Nationalen Sparkonferenz im Gesundheitswesen haben sich die Teilnehmer auf die Bildung von vier Arbeitsgruppen verständigt. Die Arbeitsgruppen wurden angewiesen, die kurz- und mittelfristig realisierbaren, in den Rahmen der Teilrevision der Krankenversicherung (KMVG: Bundesgesetz über die Kranken- und Mutterschaftsversicherung) passenden Sparvorschläge vorweg zu behandeln und auszuarbeiten. Sie sind bereits Mitte August 1983 der vorbereitenden Nationalratskommission für die Teilrevision der Krankenversicherung zugeleitet und auch der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Der Nationalrat hat die Mehrzahl der Vorschläge in die Vorlage zur Teilrevision der Krankenversicherung (81.044) aufgenommen. Der Ständerat wird sie voraussichtlich in der Wintersession 1986 behandeln.

Der Bundesrat hat seinerseits Vorschläge der Sparkonferenz z. T. direkt umgesetzt u. a. in seinen tarifpolitischen Entscheidungen. Des weiteren hat er auf Verordnungsebene die Kostenbeteiligung des Versicherten im Sinne der Empfehlungen der Sparkonferenz neu geregelt.

Die Arbeitsgruppen der Nationalen Sparkonferenz haben – wie erwähnt – auch mittel- und längerfristig Reformen für das Gesundheitswesen vorgeschlagen. Das Bundesamt für Sozialversicherung hat Wege geprüft, diese längerfristigen Reformen weiter zu verfolgen. So wird zurzeit abgeklärt, ob eine sogenannte «Landeskonferenz für das Gesundheitswesen» diese und andere Aufgaben übernehmen könnte. Eine Umfrage bei den Direktbetroffenen des Gesundheitswesens ist im Gange.

B. Eine Erfolgskontrolle der Sparempfehlungen anhand von geeigneten Kontrollinstrumenten lässt sich erst sinnvoll durchführen, wenn die Vorschläge in konkrete Massnahmen umgesetzt und im Gesundheitswesen während einiger Zeit durchgesetzt werden. Angesichts der einleitend dargelegten Kompetenzausscheidungen im Gesundheitswesen ist nach Ansicht des Bundesrates eine effiziente Erfolgskontrolle von sämtlichen betroffenen staatlichen Ebenen sowie privaten Institutionen, Organisationen und Verbänden zu tragen.

C. Wie bereits erläutert, sind die kurz- und mittelfristig realisierbaren, KMVG-relevanten Vorschläge der Nationalen Sparkonferenz seinerzeit der vorbereitenden Nationalrats- und Ständeratskommission für die Teilrevision der Krankenversicherung zugeleitet worden. Die Kommissionen haben wesentliche Vorschläge der Sparkonferenz übernommen und damit eine gezielte Verstärkung von Massnahmen zur

Eindämmung der Krankenpflegekosten gutgeheissen. Wann diese Vorschläge und Empfehlungen wirksam werden, hängt vom weiteren Verlauf der parlamentarischen Beratungen zur KMVG-Vorlage ab.

Der Bundesrat begrüsst die Verstärkung der kostendämpfenden Massnahmen im Rahmen der Teilrevision der Krankenversicherung. Er selbst hat z. B. durch die erwähnte Aenderung der Verordnung über die Krankenversicherung (SR 832.121) dazu beigetragen, Empfehlungen der Nationalen Sparkonferenz rasch umzusetzen. Die geplanten bzw. beschlossenen Massnahmen auf Gesetzgebungs- und Verordnungsstufe dürfen als Erfolg der Nationalen Sparkonferenz gewertet werden.

D. Es ist allgemein anerkannt, dass Bewegungsmangel einer der Risikofaktoren für Gesundheitsstörungen darstellt. Der Bundesrat misst daher den Aktivitäten der Turn- und Sportverbände in unserem Lande zur Verbesserung der Lebensqualität und nicht zuletzt auch im Sinne eines Beitrages zur Dämpfung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen einen hohen Stellenwert zu. Das Bundesgesetz über Turnen und Sport, welches Turnen und Sport im Interesse der Entwicklung der Jugend, der Volksgesundheit und der körperlichen Leistungsfähigkeit bezweckt, trägt diesem Umstand Rechnung. Es verankert insbesondere die Bewegung «Jugend und Sport» und regelt die hierfür auszurichtenden Bundesbeiträge. In einer Rahmenvorschrift schreibt das Gesetz den Kantonen vor, für ausreichenden Turn- und Sportunterricht in den Schulen zu sorgen. Es wird überdies festgehalten, dass der Turn- und Sportunterricht in den Schulen obligatorisch ist.

E. Die Informationspolitik des Bundesrates im Gesundheitswesen richtet sich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung. So hat das Bundesamt für Gesundheitswesen im Frühjahr 1986 eine landesweite Aufklärungsarbeit über die Krankheit Aids begonnen. Diese Aufklärungskampagne wird weitergeführt. Ähnliche Aktionen sind für die Krankheiten Masern, Mumps und Röteln im Gange, wo der Bund eng mit den Kantonen und Gemeinden zusammenarbeitet (Kantonsärzte, Schulärzte). Die Durchführung nationaler Gesundheitskampagnen hat auch die Nationale Sparkonferenz zur Förderung der Prävention und Prophylaxe vorgeschlagen.

Le président: L'interpellateur n'est que partiellement satisfait de la réponse du Conseil fédéral.

86.466

Interpellation Maeder-Appenzell

Versuchs-Schiessplatz Val Cristallina

Place de tir d'essai au Val Cristallina

Wortlaut der Interpellation vom 3. Juni 1986

1. Nach welchen Gesichtspunkten hat das EMD das Val Cristallina für die Einrichtung des geplanten Versuchs-Schiessplatzes ausgewählt?

2. Hat der Bundesrat Kenntnis davon, dass die gesamte rechte Talseite des Val Cristallina im Eidgenössischen Inventar der zu erhaltenden Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (KLN) und auch im Inventar für den Kanton Graubünden verzeichnet ist?

3. Welche Bedeutung misst der Bundesrat dem KLN bei? Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, die Einrichtung eines Versuchs-Schiessplatzes in dem im KLN enthaltenen Val Cristallina widerspreche den gewichtigen öffentlichen Interessen des Landschafts- und Heimatschutzes?

4. Hat der Bundesrat Kenntnis davon, dass nicht nur in Medel/Lucmagn, sondern in weiten Teilen des Bündner Oberlands Opposition gegen die Einrichtung des geplanten Versuchs-Schiessplatzes entstanden ist? Ist der Bundesrat

bereit, auf den Entscheid betreffend die Einrichtung des Versuchs-Schiessplatzes im Val Cristallina zurückzukommen?

Texte de l'interpellation du 3 juin 1986

1. Selon quels critères le DMF a-t-il choisi le Val Cristallina pour y aménager la place de tir d'essai prévue?
2. Le Conseil fédéral sait-il que tout le versant droit du Val Cristallina figure dans l'inventaire des paysages et des sites naturels d'importance nationale qui méritent d'être protégés (CPN) et également dans l'inventaire établi pour le canton des Grisons?
3. Quelle importance accorde-t-il au CPN? N'estime-t-il pas lui aussi que l'aménagement d'une place de tir d'essai dans le Val Cristallina, qui figure dans le CPN, est contraire à d'importants intérêts publics touchant à la protection de la nature et du paysage?
4. Le Conseil fédéral sait-il qu'un mouvement d'opposition s'est formé contre l'aménagement de la place de tir d'essai prévue, non seulement dans la région Medel/Lukmanier, mais aussi dans une grande partie de l'Oberland grison? Est-il disposé à revenir sur sa décision de faire aménager une place de tir d'essai dans le Val Cristallina?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Dünki, Grendelmeier, Günter, Jaeger, Leuenberger Moritz, Longet, Müller-Bachs, Robbiani, Weber Monika, Weder-Basel (10)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Das EMD plant im Val Cristallina, einem Seitental des Bündnerischen Val Medel, die Einrichtung eines Versuchs-Schiessplatzes zum Erproben neuer Munition. Es ist der Bau einer Infrastruktur vorgesehen, welche Schiessversuche mit Panzermunition zulässt. Im Vordergrund steht dabei der Leopard 2.

Die gesamte rechte Talseite des Val Cristallina ist im Eidgenössischen Inventar der zu erhaltenden Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (KLN) enthalten. Sie figuriert auch im kantonalen Inventar der schützenswerten und geschützten Landschaften und Naturdenkmäler im Kanton Graubünden. Im Zonenplan der Gemeinde Medel/Lucmagn ist das Val Cristallina in der Landschaftsschutz- und Ruhezone gelegen. Eine Revisionsvorlage, welche im Hinblick auf die Errichtung des Versuchs-Schiessplatzes eine Umzonung vorsah, ist von den Stimmberechtigten von Medel/Lucmagn mit 196 gegen 43 Stimmen verworfen worden.

Im Kantonsparlament von Graubünden ist der geplante Versuchs-Schiessplatz in einer Anfrage von Grossrat Bernhard Deplazes kritisiert worden. Der Bedarf für den Schiessplatz sei nicht ausgewiesen, führte Deplazes aus.

Am 27. Mai 1986 hat eine Subkommission der Militärkommission im Val Cristallina einen Augenschein vorgenommen.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 28. Januar 1987

Rapport écrit du Conseil fédéral du 28 janvier 1987

Nationalrat und Ständerat haben dem Kredit für die Errichtung eines Versuchs-Schiessplatzes der Gruppe für Rüstungsdienste im Val Cristallina am 16. bzw. 17. Dezember 1986 zugestimmt. Die Zustimmung erfolgte in Kenntnis des landschaftlichen Werts des fraglichen Gebiets, auf den bei dem Projekt Rücksicht genommen wird. Der Bundesrat erachtet die Angelegenheit als erledigt und sieht keinen Anlass darauf zurückzukommen.

Le président: L'interpellateur n'est pas satisfait de la réponse du Conseil fédéral.

86.918

Interpellation Houmard

Ordnungsdienst der Armee

Service d'ordre de l'armée

Wortlaut der Interpellation vom 7. Oktober 1986

Beim letzten Fest des jurassischen Volkes in Delsberg hat der Sekretär des Rassemblement jurassien behauptet, in den sechziger und siebziger Jahren habe eine Armee-Einheit, die in Bure eigens ausgebildet worden sei, jederzeit bereitgestanden, um einzugreifen und auf Befehl in kürzester Frist 60 Mitglieder des Rassemblement jurassien festzunehmen.

Ich frage den Bundesrat:

– Was hält er, von der Behauptung des Sekretärs des Rassemblement jurassien?

– War die Antwort, die der Vorsteher des Militärdepartements Nationalrat Allgöwer am 18. Dezember 1968 erteilte, vollständig, und stimmt es, dass einzig vorsorgliche Massnahmen zum Schutz der Bundesgüter getroffen worden waren?

Texte de l'interpellation du 7 octobre 1986

Lors de la récente Fête du peuple jurassien à Delémont, le secrétaire du Rassemblement jurassien a affirmé que, dans les années soixante et septante, une unité de l'armée, instruite spécialement à Bure, était prête à intervenir en tout temps avec pour mission d'arrêter, sur ordre et dans les plus brefs délais, soixante membres du Rassemblement jurassien.

Dès lors, le Conseil fédéral est prié de nous dire:

– Ce qu'il pense de l'affirmation du secrétaire général du Rassemblement jurassien;

– Si la réponse du Chef du département militaire au conseiller national Allgöwer le 18 décembre 1968 était complète et s'il est bien vrai que seules des mesures préventives en vue de protéger les biens de la Confédération avaient été prises.

Mitunterzeichner – Cosignataire: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

On sait qu'en 1968 le Conseil fédéral a ordonné la mise sur pied de troupes pour pouvoir, cas échéant, intervenir dans le Jura. On se souvient que ce service d'ordre confié à l'armée avait fait l'objet d'une interpellation Allgöwer qui demandait au Conseil fédéral:

1. Sur quelles dispositions constitutionnelles ou légales le Conseil fédéral s'est-il appuyé pour ordonner ces mesures?
2. Quel rôle le gouvernement bernois a-t-il joué en l'occurrence, quelles demandes a-t-il présentées et sur quelles bases juridiques reposaient-elles?
3. Ne faudrait-il pas soumettre l'emploi de troupes pour le maintien de l'ordre et de la tranquillité à une nouvelle réglementation.

Le Conseil fédéral par la voix du Chef du Département militaire avait répondu à ces questions le 18 décembre 1968. L'objet avait été ainsi liquidé.

Dans sa réponse le Conseil fédéral précisait:

– que l'engagement de troupes pour le service d'ordre s'appuyait entre autre sur les articles 2 et 102 de la constitution fédérale;

– l'article 2 précise «La Confédération a pour but d'assurer l'indépendance de la patrie contre l'étranger, de maintenir la tranquillité et l'ordre à l'intérieur, de protéger la liberté et les droits des confédérés et d'accroître leur prospérité commune»;

l'article 102 chiffre 10 précise «Le Conseil fédéral veille à la sûreté intérieure de la Confédération, au maintien de la tranquillité et de l'ordre»;

– que la mise sur pied avait été nécessaire suite aux actes de

Interpellation Maeder-Appenzell Versuchs-Schiessplatz Val Cristallina

Interpellation Maeder-Appenzell Place de tir d'essai au Val Cristallina

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1987
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.466
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.03.1987 - 08:00
Date	
Data	
Seite	534-535
Page	
Pagina	
Ref. No	20 015 282

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.